

25. Ordentliche Bundesversammlung

15. Oktober 2005, Weser-Ems Halle Oldenburg

Beschluss

Journalisten vor Willkürmaßnahmen schützen – Pressefreiheit stärken

Nach Veröffentlichungen über die Finanzierung islamistischer Terroristen durchsuchten am 12. September 2005 Ermittler der Staatsanwaltschaft Potsdam die Redaktionsräume des Monatsmagazins „Cicero“ sowie das Wohnhaus des Cicero-Mitarbeiters und Autors Bruno Schirra. Bei ihrer rund achtstündigen Durchsuchung beschlagnahmten die Ermittler 15-Kisten Recherchematerial und damit fast das gesamte Archiv des Journalisten. Bei der Durchsuchung der Potsdamer Cicero-Redaktion kopierten die Ermittler zudem die komplette Festplatte eines Redakteurs.

Auslöser der Razzia war ein Artikel Schirras in der April-Ausgabe über den islamistischen Terroristen al-Sarkawi. Schirra zitierte darin aus einem geheim eingestuftem internen Papier des BKA. Die Staatsanwaltschaft ermittelte daraufhin nicht nur wegen Geheimnisverrat gegen unbekannt, sondern erstreckte ihre Ermittlungen wegen Beihilfe zum Geheimnisverrat auch auf den Verfasser des Artikels.

Bündnis 90/Die Grünen kritisieren das Verhalten der Ermittlungsbehörden und betrachten die ergriffenen Maßnahmen als unverhältnismäßig. Journalisten bewegen sich beim Ausüben ihrer Tätigkeit zwar nicht in einem rechtsfreien Raum; sie verfügen aber aufgrund des herausragenden verfassungsrechtlichen Stellenwertes der Pressefreiheit über einen besonderen rechtlichen Schutzstatus. Diesem wird in strafprozessualer Hinsicht u.a. durch ein Zeugnisverweigerungsrecht und das daraus folgende Beschlagnahmeverbot Rechnung getragen.

Für Bündnis 90/Die Grünen ist es nicht akzeptabel, wenn Ermittlungsbehörden gegen Journalisten einen strafrechtlichen Vorwurf der angeblichen Beihilfe oder Anstiftung zu einem Straftatbestand konstruieren, weil ein anderweitiger Ermittlungserfolg nicht erzielt wird und z.B. der mutmaßliche „Haupttäter“ nicht ausfindig gemacht werden kann.

Strafverfahren gegen Journalisten können zu einer erheblichen Schwächung der Pressefreiheit führen. Zu den Aufgaben der Medien gehört es unter anderem auch, staatliche Institutionen und Behörden zu kontrollieren. Eine Reihe von Geheimdienstskandalen oder Parteispendenaffären in der Geschichte der Bundesrepublik sind auf eine erfolgreiche Recherche durch Journalisten zurückzuführen. Staatliche Eingriffe wie im Falle „Cicero“ sind nach unserer Auffassung jedoch geeignet, Journalisten bei ihrer Tätigkeit einzuschüchtern und sie von entsprechenden Recherchen abzuhalten.